

Kurzmeldungen 05-07/25

Israels Angriffe auf Iran

Israel und der Iran hatten sich mehr als eine Woche lang beschossen. Auf beiden Seiten kommt es immer wieder zu Toten und Verletzten. Israel hatte seinen Angriff damit begründet, die iranische Führung an der Entwicklung von Atomwaffen hindern zu wollen. Nun hat auch die US-Armee in den Konflikt eingegriffen und 3 iranische Atomanlagen angegriffen. Trump wurde allerdings von Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu vor vollendete Tatsachen gestellt. Nur die USA besitzen jene bunkerbrechenden Bomben die nun eingesetzt wurden. Das Ziel der USA war die Zerstörung der iranischen Kapazitäten zur Urananreicherung gewesen und die Beendigung der nuklearen Bedrohung durch den Iran.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/usa-angriff-iran-atomanlagen-100.html>
22.6.25

Ukraine-Krieg

Die Stimmung in den Tagen vor dem 1. Juni war geprägt von der bevorstehenden russischen Sommeroffensive mit angeblich 50.000 Mann gegen die Ukraine. Dann schlug die Ukraine zu. Im Morgengrauen entgleisten gleich zwei Züge. Mittags erschütterte eine massive Explosion die russische U-Boot-Flotte in Seweromorsk. Am Nachmittag folgte der wohl spektakulärste Schlag: Über 40 russische Kampffjets wurden zerstört durch ukrainische Drohnen – aus getarnten Holzkabinen heraus. Die Ukraine kämpft weiter trotz aller Rückschläge und des immensen Leids.

Quelle: <https://god.fish/2025/06/01/operation-spinnennetz-intelligenz-und-staerke/> 1.6.25

Trumps NATO-Ziel

Deutschland hat für das Jahr 2024 Verteidigungsausgaben an die NATO gemeldet, die zum ersten Mal überhaupt über der NATO-Vorgabe von Ausgaben in der Höhe von 2% des BIP liegen. Die Schätzung der NATO beläuft sich auf einen Wert von 2,12%. Obwohl Mittel aus dem Bundeswehr-Sondervermögen von insgesamt 100 Milliarden Euro in diese Berechnung eingeflossen sind, wurde das Ziel nur mit Rechentricks - etwa der Einberechnung von Versorgungsleistungen ehemaliger DDR-Soldaten - erreicht. Die USA liegen bei 3,38%.

Zum Erreichen der 2%-Quote in den nächsten Jahren müßte der Verteidigungsetat wesentlich stärker wachsen, als im Moment geplant. Spätestens ab 2027 klafft nach jetzigen Vorgaben eine zweistellige Milliardenlücke.

Das Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro ist so gut wie vollständig zugewiesen, das heißt: Die Beschaffung hauptsächlich von Großgeräten wurde auf Vorschlag der Bundesregierung vom Bundestag beschlossen. Panzer, Hubschrauber oder Schiffe zu einem Preis von mehr als 90 Milliarden Euro wurden bestellt.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nato-ausgaben-verteidigung-faq-100.html> 8.1.25

Wadepful unterstützt 5%-Ziel

Die NATO-Staaten sollen 5% ihrer Wirtschaftsleistung für Verteidigung ausgeben - das fordert US-Präsident Trump. Deutschlands Außenminister Wadepful unterstützte den Plan bei einem NATO-Außenministertreffen in der Türkei nach einem Gespräch mit US-Außenminister Marco Rubio.

Wadephul machte allerdings deutlich, daß vereinbart werden könnte, daß klassische Verteidigungsausgaben in Höhe von 3,5% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ausreichend seien, sofern gleichzeitig auch noch 1,5% der Wirtschaftsleistung für militärisch nutzbare Infrastruktur ausgegeben würden. Ein solches Vorgehen hatte zuletzt NATO-Generalsekretär Mark Rutte vorgeschlagen.

Derzeit sieht das NATO-Ziel für die Verteidigungsausgaben jährliche Ausgaben in Höhe von mindestens 2% des BIP vor. Nach jüngsten Angaben des neuen Kanzlers Friedrich Merz (CDU) würde jeder Prozentpunkt mehr für Deutschland derzeit ungefähr 45 Milliarden Euro mehr an Verteidigungsausgaben bedeuten. Die Bundesrepublik lag zuletzt bei einer Quote von etwas mehr als 2% des BIP. Bei 5% wären nach Rechnung von Merz derzeit Verteidigungsausgaben in Höhe von 225 Milliarden Euro pro Jahr notwendig. Der gesamte Bundeshaushalt 2025 ist 488 Milliarden groß. Das sind also fast 50% des Bundeshaushaltes.

Bis 2029 sollen sich die Ausgaben auf 153 Milliarden Euro mehr als verdoppeln. Zu diesem Zeitpunkt wären etwa 3% des BIP erreicht. Die drastische Erhöhung der Militärausgaben ist nur möglich, weil die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse dafür ausgesetzt wird.

Die NATO hat neue Fähigkeitsziele für ihre Mitglieder vereinbart. Diese sind geheim.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/wadephul-verteidigungsausgaben-100.html> 15.5.25

Nach Angaben von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius wird allein die Bundeswehr bis zu 60.000 zusätzliche aktive Soldaten brauchen, um die neuen NATO-Vorgaben erfüllen zu können.

In Deutschland soll der Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP in einem Zeitraum von 5-7 Jahren um 0,2 Prozentpunkte pro Jahr steigen. Von den 2,1% im vergangenen Jahr gerechnet könnte dann bis 2032 eine Quote von 3,5% erreicht werden.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/nato-minister-aufruestung-100.html> 5.6.25

Der US-Präsident dominierte das NATO-Treffen in Den Haag. Neben dem 5%-Ziel ging es noch um den Artikel 5 des NATO-Vertrags. Er besagt, daß ein Angriff auf ein Mitglied als Angriff auf alle Staaten angesehen wird. Seit dem Amtsantritt Trumps hatte es Zweifel gegeben, ob die USA weiter verlässlicher Partner der Europäer sind - und Trump hat diese Zweifel auch bewusst geschürt. Daher dürften die anderen NATO-Staaten nun mit Erleichterung das klare Bekenntnis Trumps zur Beistandsverpflichtung gehört haben: "Ich stehe dazu, deshalb bin ich hier", sagte Trump in Den Haag. "Wenn ich nicht dazu stehen würde, wäre ich nicht hier."

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nato-gipfel-ergebnisse-100.html> 25.6.25

Trump kauft CBS

Trump hatte Paramount wegen eines angeblich manipulativen Interviews des Tochttersenders CBS mit der demokratischen Präsidentschaftskandidatin Kamala Harns auf die absurde Summe von zuerst 10, dann 20 Milliarden Dollar verklagt. Beigelegt wird der Streit nun gegen die Zahlung von 16 Millionen Dollar. Paramount zahlt die Summe, weil der Konzern die Übernahme durch das Studio Skydance unter Dach und Fach bringen will. Diese hat einen finanziellen Umfang von 8 Milliarden Dollar und ist abhängig vom Plazet des Chefs der Medienaufsichtsbehörde FCC, Brendan Carr. Dieser ist ein glühender Trump-Anhänger und hat schon durchblicken lassen, daß die Übernahme von

Paramount durch Skydance davon abhängen, wie Paramount sich in dem Streit um das CBS-Interview verhalte.

Der mögliche neue Paramount-Eigentümer und Skydance-Chef David Ellison hat sich bereiterklärt, zum Dank für die Genehmigung der Fusion mit Paramount öffentliche Werbespots für die Agenda des Präsidenten im Wert von etwa 16 Millionen Dollar zu schalten. David Ellison ist der Sohn des Trump-Freunds, Oracle-Chefs und zweitreichsten Mannes der Welt, Larry Ellison, der den Großteil der Kaufsumme für Paramount bereitstellt.

Gemeinsam könnten Vater und Sohn dann die angesehenere Nachrichtensparte des Senders CBS - CBS News -, die mit Sendungen wie "60 Minutes" und "Meet the Press" zu Amerikas wichtigsten Informationsquellen zählt, zu Trumps Sprachrohr machen. Trump bezeichnet kritische Medien seit Langem als "Feinde des Volks" und jede Berichterstattung, die ihm nicht passt, als "Fake News".

Trump's Deals entsprechen dem, was Orbans seit seinem zweitem Amtsantritt 2010 ins Werk gesetzt hat.

Lowell Bergman, der renommierte CBS-Reporter, dessen Whistleblower-Geschichte über die Machenschaften in der Tabakindustrie CBS 1995 aus Angst vor einer Klage der mächtigen Konzerne gestoppt wurde, sagte auf die Frage, ob sich hier die Geschichte wiederhole: "Es ist noch viel schlimmer. Dies ist der Präsident der Vereinigten Staaten. Das ist beispiellos in der Geschichte unseres Landes."

Quelle: FAZ, 10.7.25 „Trump kauft sich den Sender CBS“

Spahns Maskendeals

Rund 4 Milliarden Euro Steuergeld könnten uns die Maskendeals von Jens Spahn kosten. Anstatt das Fiasko aufzuklären, erschwert CDU-Gesundheitsministerin Nina Warne die Untersuchungen. Es fällt auf, daß in den Fußnoten häufig Belegstellen geschwärzt wurden, die zeigen, wie Spahn als damaliger Minister in Beschaffungsentscheidungen eingebunden war. Etwa, welche E-Mails Beamte im Ministerium ihm schrieben oder welche Bedenken sie ihm mitteilten.

Dagegen wirkt das Maut-Desaster von Ex-Verkehrsminister Andreas Scheuer mit 243 Millionen Euro wie ein Klacks.

Von Spahns Maskendeals haben offenbar diverse CDU-nahe Unternehmen profitiert. Die aktuelle Gesundheitsministerin Nina Warne (CDU) müsste eigentlich die Aufklärung vorantreiben. Stattdessen versucht sie, ihren Parteifreund zu decken. Nur widerwillig und zunächst mit vielen geschwärzten Textstellen rückte sie den Sonderbericht über die Affäre heraus. So gewährte Spahns Ministerium eine fragwürdige "Abgeltung" und ebenfalls einen außerordentlich langen Lieferfrist. Es geht um den ehemaligen Berliner CDU-Bundestagskandidaten Niels Korte und seine Firma Areal Invest.

Im Sudhof-Bericht heißt es, daß Kortes Firma ein "Abgeltungsbetrag" in Höhe von 18 Mio Euro gewährt worden war. "Eine entsprechende Gegenleistung oder Rechtsgrundlage (wie zurechenbare Kosten aus Verzugsschaden) erschließt sich nicht."

Die Liste der Vorwürfe gegen Jens Spahn wird immer länger. Eigenmächtiges Handeln an den Beschaffungämtern vorbei – trotz mehrfacher Warnungen aus dem eigenen und aus anderen Ministerien. Viel zu viele, in großen Teilen unbrauchbare Masken vergammeln noch immer bundesweit in Lagern. Schon jetzt liegt der finanzielle Schaden bei mehr als 500 Millionen Euro. Es drohen weitere Kosten von bis zu 3,5 Milliarden Euro allein für Klagen von Unternehmen, die im Chaos der Masken-Beschaffung auf ihrer Ware sitzen geblieben sind.

Der Schweizer Firma Emix gewährte Spahn Sonderkonditionen: Trotz mangelhafter Ware und erheblicher Lieferverzögerungen konnte das Unternehmen Maskenpreise von bis zu 7

Euro verlangen – weit über dem Durchschnittspreis. 48% der Emix-Masken waren vom TÜV Nord als mangelhaft eingeschätzt worden. Vermittler war hier Andrea Tandler, Tochter eines ehemaligen CSU-Generalsekretärs. Tandler strich für die Kontaktabrechnung eine Provision in Höhe von bis zu 51 Millionen Euro ein.

Um seine Maskendeals aufzuklären, muß ein Untersuchungsausschuss her.

Quelle: „Mitten ins Schwarze“, SZ Online, 4.7.25, Compact e.V.

<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/corona-masken-sudhof-bericht-100.html>

4.7.25

Netzanschlusszusagen

Der Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz hat in seinem Gebiet bis 2029 insgesamt mehr als 90 Projekten mit 35 Gigawatt einen Netzanschluss für verschiedene Erzeuger und Verbraucher zugesagt, darunter knapp 12 Gigawatt für Speicher. Doch mehr als doppelt so viele sind noch offen und haben kaum Aussichten auf einen Projektstart vor 2029.

Grundsätzlich wünscht sich 50 Hertz ein alternatives Verfahren, da das Windhund-Prinzip den Bedürfnissen von Energiewende und Stromversorgung nicht gerecht werde.

Bei den Netzbetreibern wiederum weiß man gar nicht so recht, wie man der Flut an Anträgen gerecht werden soll. Aktuell besonders betroffen sind viele große Batteriespeicher-Projekte. Diese würden gern schnell ihre Batteriespeicher ans Netz anschließen, um so in der aktuellen Situation mit großen Börsenstromspreizungen vom lukrativen Arbitrage-Geschäft zu profitieren.

Stand Juni lagen 50 Hertz weitere 235 Anträge für Projekte mit 110 Gigawatt in seinem Netzgebiet vor. Das Unternehmen forderte die Antragsteller auf, bis zum 22. Juni zu bestätigen, daß sie ihre Projekte weiterverfolgen wollten. Die überwiegende Zahl habe dies getan. Alle Antragsteller, die an ihren Projekten festhalten, müssen dafür 50.000 Euro zahlen. 25% davon werden zu Beginn der Prüfung auf technische Machbarkeit fällig. Die derzeitige Kraftwerksnetzanschlussverordnung ist nicht sachgerecht. Der Netzbetreiber mache sich daher für ein neues Netzanschlussverfahren stark. Dieses sollte stärker auf den volkswirtschaftlichen Nutzen ausgerichtet sein. Großbatterien können einen wichtigen Beitrag zur Systemstabilität leisten, wenn sie netzdienlich einsetzbar sind und an den richtigen Standorten stehen. Die Netzanschlussanfragen blockieren Rechenzentren, Elektrolyseure, Industrie oder Produktionsanlagen.

Quelle: <https://www.pv-magazine.de/2025/07/11/50-hertz-keine-neuen-netzanschlusszusagen-fuer-projekte-vor-2029-mehr-moeglich/> 11.7.25

Blackout in Spanien

Am 28.4.25 gab es in Spanien einen vollständigen Blackout auf der Systemebene des Stromnetzes. Das gesamte Stromnetz mußte neu gestartet werden.

Der Netzbetreiber Red Eléctrica (REE) gab einer großen PV-Anlage in Badajoz, dem Solarpark „Núñez de Balboa“ mit einer Leistung von 500 MW (die bis zu 391 MW ins Netz abgeben kann) die Schuld an dem Blackout, der von Iberdrola betrieben wird. Es die größte PV-Anlage in Europa und seit April 2020 in Betrieb. Sie ist direkt an der Hochspannungsebene (400kV) angeschlossen.

Die spanische Ministerin für den ökologischen Wandel, Sara Aagesen, sagte auf der Pressekonferenz zur Vorstellung eines Berichts: „Viele fossile Kraftwerke hätten sich schon vor der Überspannungsschwelle, die sie gefährden würde, vom System abgekoppelt, das heißt: vor dem gesetzlich zulässigen Zeitpunkt, was zum Blackout geführt habe.“

Am Tag vor dem Stromausfall, am 27. April, hatte die REE die Aktivität von 10 Synchronkraftwerken mit der Fähigkeit zur Spannungsregulierung (3 AKW-Gruppen und 7

Gaskombikraftwerke) für den 28. April geplant. Eines dieser Kraftwerke hatte am Vorabend des Stromausfalls gemeldet, daß es nicht verfügbar sei, aber REE beschloss, es nicht zu ersetzen. Die endgültige Anzahl der gekoppelten Synchronanlagen war nach Angaben des Ministeriums die niedrigste im ganzen Jahr bisher. Darüber hinaus erfüllten einige ihre Aufgabe nicht, obwohl sie ausdrücklich dafür entlohnt werden.

Der vom Nationalen Sicherheitsrat eingesetzte Ausschuss für die Krisenanalyse bestätigte in seinem Bericht, daß die Ursache des Versagens eine Frage des Netzmanagements ist. Bereits in der Nacht davor habe es starke Schwingungen im Stromnetz gegeben. Eine halbe Stunde und eine Viertelstunde vor dem Blackout ebenfalls. Die REE dämpfte diese Schwingungen (Erhöhung der Netzvermaschung oder Verringerung des Verbindungsflusses mit Frankreich), was jedoch den Nebeneffekt hatte, daß die Spannungen im Stromnetz stiegen. Um 12:33 Uhr kam es zu Erzeugungsausfällen, so daß die Spannung weiter anstieg. Es kam dann zu einem Frequenzabfall und dem Verlust der Synchronität mit Frankreich, was die Unterbrechung des Verbunds mit dem übrigen Kontinent zur Folge hatte, so daß das spanische Netz zusammenbrach.

Die Nationale Wettbewerbskommission (CNMC) hat nun einen neuen Spannungsregeldienst angekündigt. Dieses neue System soll die Spanningskontrolle für erneuerbare Energien, die bisher nur sehr begrenzt Zugang zu dieser Dienstleistung hatten, ermöglichen. Die Verpflichtungen zur Spannungsregelung haben nicht so funktioniert, wie sie hätte funktionieren sollen.

Prof. Fette, ein Experte für die Energieübertragung in Stromnetzen, sieht auch noch eine Ursache in niederfrequenten Resonanzprozessen (<50Hz) durch Wechselrichter. Der zunehmende Einsatz von Leistungselektronik erfolgt in Energieerzeugern (PV-Anlagen, Windkraftanlagen) und für die Steuerung von Laständerungen von Verbrauchern (z.B. E-Mobile). Dieses Resonanzverhalten in Wechselrichtern kann durch Ausgleichsvorgänge (bei Frequenz, Spannung, Winkel) ausgeglet werden. Hier wären frequenzgesteuerte Preisanreize bei dem Betrieb von Umrichtern eine gute Lösung. Wichtig wäre allerdings, daß die Zeitkonstanten dieser Regler für die Selbstregulierung des Stromnetzes gleich sind, also genormt sind. Die EU-Kommission verweigert allerdings derzeit die Harmonisierung der Normen (Grid Codes 2.0) für die Hersteller von Wechselrichtern.

Quelle: PV-Magazin [https://www.pv-magazine.de/2025/06/19/stromausfall-ree-spielt-auf-das-kraftwerk-nunez-de-balboa-an-iberdrola-weist-auf-das-ruecksichtslose-und-fahrlassige-management-von-ree-hin/?utm_source=Deutschland+%7C+Newsletter&utm_campaign=ee0be5bab7-dailynl_de&utm_medium=email&utm_term=0_08fe232a02-ee0be5bab7-494305840&ct=t\(dailynl_de\)](https://www.pv-magazine.de/2025/06/19/stromausfall-ree-spielt-auf-das-kraftwerk-nunez-de-balboa-an-iberdrola-weist-auf-das-ruecksichtslose-und-fahrlassige-management-von-ree-hin/?utm_source=Deutschland+%7C+Newsletter&utm_campaign=ee0be5bab7-dailynl_de&utm_medium=email&utm_term=0_08fe232a02-ee0be5bab7-494305840&ct=t(dailynl_de))

Blackout Spanien Teil 5, mit Prof. Michael Fette <http://www.youtube.com/watch?v=hwVkcZf7UQQ>

10-Punkte-Plan zur PV-Politik

Die Stiftung Klimaneutralität fordert die Zielvorgabe für den Ausbau im EEG für Freiflächenanlagen von 50% auf 65% zu erhöhen. Im EEG ist derzeit festgelegt, daß etwa die Hälfte des Zubaus der PV auf Gebäuden stattfinden soll, die andere Hälfte auf Freiflächen. Die Investitionskosten von Freiflächen-PV liegen heute bei etwa 450 EUR/kW. Für die Installation auf bestehenden Gebäuden fallen Kosten zwischen 700 und 1.500 EUR/kW an. Mit Preisen unter 5 ct/kWh stellen Freiflächenanlagen die günstigste Form der Stromerzeugung dar. Die Ausschreibungsmengen für PV-Freiflächenanlagen sollten auf 14 GW/Jahr angehoben werden.

Die Kosten von PV-Anlagen sind in den letzten 15 Jahren um 85 % gefallen. Deshalb sollte die Einspeisevergütung für PV kurzfristig auf 10 ct/kWh begrenzt werden und bis

2030 gestuft dann auf 7 ct/kWh abgesenkt werden. Eine derart abgesenkte Einspeisevergütung sei weiterhin auskömmlich für kostengünstige PV-Anlagen. Weiter wird ein mit Fristen konkretisierter Rechtsanspruch für alle Netzkunden zum Einbau von Smart Metern gefordert. Verteilnetzbetreiber sollten verpflichtet werden, ab 2028 einen jährlichen Nachweis der Steuerfähigkeit von PV-Anlagen auf Basis von Echtzeitmonitoring in ihrem Netzbereich erbringen.

Die Anschlussverfahren für Großbatterie-Batteriespeicher sollten aus dem Anwendungsbereich der Kraftwerksnetzanschlussverordnung (KraftNAV) herausgenommen und damit das bisherige Windhundverfahren abgeschafft werden. Es soll gesetzlich oder durch die Bundesnetzagentur ein neues regelbasiertes Reservierungsverfahren eingeführt werden, mit dem schnell zu verwirklichende Projekte priorisiert und die Anschlusskapazitäten maximal genutzt werden können.

Für Gebäude-PV liegen die höchsten Vergütungssätze derzeit bei 13 ct/kWh, die geringsten bei 6 ct/kWh. Freiflächen-PV-Anlagen werden derzeit mit ca. 4,7 ct/kWh vergütet.

Für eine kosteneffiziente Energiewende muß es für alle relevanten Akteure Anreize zum systemdienlichen Verhalten geben. Daher wird vorgeschlagen, die Direktvermarktung für neue PV-Anlagen >2 kW verpflichtend zu machen und die Schwelle für die Direktvermarktungspflicht bis 2030 gestuft abzusenken. Dazu ist es erforderlich, daß die Verteilnetzbetreiber die benötigten Prozesse massentauglich umsetzen. Um dies sicherzustellen, sollen Pönale eingeführt werden, um auf Seite der Verteilnetzbetreiber einen wirtschaftlichen Anreiz für die Umsetzung der Prozessverbesserungen für die Direktvermarktung zu erzielen.

Die Einführung von zeitvariablen Netzentgelten hat einen starken Einfluss auf die Einsparungen durch Eigenverbrauch der Betreiber einer PV-Anlage. Die Weitergabe von Preissignalen aus den übergeordneten Netzebenen ist nötig, um ein marktkonformes Verhalten zu erreichen.

Quelle: 10-Punkte-Plan zur Weiterentwicklung der PV-Politik, Stiftung Klimaneutralität <http://www.stiftung-klima.de>

Energieministerin Reiche

Nach der Ankündigung, massiv auf neue Gaskraftwerke setzen zu wollen und EU-Gelder für neue Atomkraftwerke zu unterstützen, folgt jetzt eine Kampfansage an die Erneuerbaren Energien. Auf dem Tag der Industrie des BDI (Bundesverbands der Deutschen Industrie) am 24. Juni nannte sie den Ausbau der Erneuerbaren Energien „völlig überzogen“ und kündigte an, diesen ausbremsen zu wollen. Solar, Wind und Co. sollen nach ihrer Auffassung in Zukunft unattraktiver werden.

Die Bundesregierung will nun mit Geld aus dem Klima-Transformationsfonds den Gaspreis subventionieren. Gasnetzbetreiber, deren Interessen Reiche lange beruflich vertrat, profitieren davon. Künftig soll das Geld, demnächst 2,89 Euro pro MWh, nicht mehr von den Gaskunden, sondern vom Staat bezahlt werden. Ausgerechnet über den Klimafonds. Im Bereich Solarenergie haben wir die Ausbauziele in den letzten Jahren übererfüllt, und im Bereich Windenergie sind wir aktuell auf dem besten Weg, 2026 das Ausbauziel erstmals zu erreichen. Dieser Ausbau ist auch dringend notwendig, um eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 65% bis 2030 und Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen. Heute beträgt der Anteil der Erneuerbaren am Gesamtenergiebedarf 23%.

Nach Reiches Vorstellung sollen die Erneuerbaren Energieerzeuger in Zukunft stärker zur Kasse gebeten werden mit „Baukostenzuschüssen“. Dabei sagt Reiche: „Das wird den Business Case [für Erneuerbare] noch mal nach unten bringen.“

Während China bewusst elektrifiziert, um von den Kostenvorteilen der Erneuerbaren zu profitieren und sich dauerhaft einen Wettbewerbsvorteil zu sichern, setzt die neue Bundesregierung lieber auf teure und dreckige Importe von LNG-Gas von diktatorischen Scheichs oder Fracking-Gas von Trump.

Quelle: Sven Giegold, <https://www.sonnenseite.com/de/politik/energieministerin-reiche-mit-kampfansage-an-die-erneuerbaren/> 3.7.25

kein öffentliches Interesse mehr an Windkraft

Vor zwei Wochen waren in Deutschland erstmals mehr als 65.000 Megawatt Windkraft an Land installiert, gab der Branchenverband BWE jetzt bekannt. Weitere rund 4.800 Megawatt sind bereits genehmigt, selbst in Bayern sind es inzwischen 400 Megawatt. Noch immer fehlt aber die beihilferechtliche Genehmigung der EU-Kommission für das schon über ein Jahr alte Solarpaket 1. Brüssel beharrt weiter auf einer Abschöpfung für Einnahmen, die den Förderbedarf übersteigen, einem sogenannten Claw-Back-Mechanismus.

Damit hängt die Förderung so wünschenswerter Innovationen wie Agri- oder Floating-Photovoltaik genauso in der Luft wie das Repowering von Solar-Dachanlagen.

Die Biogas-Branche muss sich bei den versprochenen höheren Ausschreibungsvolumen und Flexibilitätszuschlägen sowie längeren Förderzeiten weiter in Geduld üben.

Eine Einführung des Rückzahlungs-Mechanismus ist hierzulande frühestens Anfang 2026 zu erwarten. Für den Herbst soll die Bundesregierung eine entsprechende Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) planen. Klar ist schon, daß sich mit den Rückzahlpflichten die wirtschaftliche Lage der Erneuerbaren keineswegs verbessern wird. Letzte Woche wurde im parlamentarischen Eilverfahren eine überfällige Teilumsetzung der RED-III-Richtlinie der EU auf den Weg gebracht. Die Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien war im November 2023 in Kraft getreten. Damit werden Genehmigungsverfahren für Erneuerbare deutlich gestrafft, um die durch den Ukraine-Krieg ausgelöste Energiekrise zu bewältigen.

Die Notfallverordnung läuft in Deutschland am 30. Juni aus. Eine rechtzeitige Umsetzung von RED III scheiterte aber am Aus der Ampel-Regierung. Um diese Phase kurz zu halten und RED III endlich europarechtskonform umzusetzen, brachten die Fraktionen von CDU/CSU und SPD letzte Woche selbst einen Entwurf für die nötigen Gesetzesänderungen direkt in den Bundestag ein. Die Vorlage sehe Höchstfristen für die Bearbeitung der Genehmigungsanträge vor, und ab November solle alles auch digital geschehen.

Allerdings soll künftig das planungsbeschleunigende „überragende öffentliche Interesse“ am Ausbau der Windkraft nur noch so lange gelten, bis die Flächenziele des Windenergieflächenbedarfsgesetzes in einem bestimmten Gebiet erreicht sind.

Das von der Ampel-Regierung beschlossene Gesetz „reserviert“ 2% der Landfläche Deutschlands für den Windkraftausbau. Diesen Flächenanteil müssen die Bundesländer – je nach ihren natürlichen Gegebenheiten leicht abweichend – bis Ende 2032 ausweisen. Ende 2027 soll ein Zwischenziel von 1,4% erfüllt sein.

Die Länder gehen dabei mit dem Flächenziel recht unterschiedlich um. Laut einer Aufstellung der Fachagentur Wind haben einige Länder die Ziele an Planungsregionen übertragen. In anderen Bundesländern wird mit Teilflächenzielen, Flächennutzungsplänen oder Vorranggebieten gearbeitet. Tritt die RED-III-Umsetzung Ende Juli wie geplant in Kraft und wird in einem solchen Gebiet das vom Land vorgeschriebene Flächenziel erfüllt, verliert die Windkraft den rechtlichen Status des überragenden öffentlichen Interesses. Ausgenommen davon sollen nur Repowering-Projekte sein.

Parallel zur RED-III-Umsetzung soll eine Vorschrift ins Baugesetzbuch aufgenommen werden. Außerhalb von Windgebieten, die der Erfüllung des Flächenziels dienen, soll

Windkraft nur noch ausnahmsweise zugelassen werden – und zwar dann, wenn ausgeschlossen ist, dass die natürliche Eigenart der Landschaft oder der Erholungswert beeinträchtigt oder das Orts- und Landschaftsbild berührt werden. Damit soll der Ausbau der Windkraft de facto zum Erliegen gebracht werden.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/strom/koalition-greift-ueberragendes-oeffentliches-interesse-an-windkraft-an> 1.7.25

Keimbahneingriff in GB

In Großbritannien wurden 8 Kinder geboren, die nach einer Mitochondrien-Spende genetisch von 3 Eltern abstammen. Dieses Verfahren wurde in der jetzt vorgestellten Studie bei 32 Frauen durchgeführt. Dabei sind 8 Schwangerschaften und schließlich 8 Kinder entstanden. Ein solcher Eingriff ist ein Eingriff in die Keimbahn, verbunden mit einer Eizellspende. Beides ist in Deutschland verboten.

Bei den Kindern mit den 3 Eltern hatten die Mütter Fehler in der Mitochondrien-DNA, die zu schwerwiegenden Erkrankungen führen können. Um diese nicht weiterzugeben, haben sie eine Mitochondrien-Spende von einer gesunden Frau erhalten.

Bei diesem Verfahren wird aus einer gespendeten Eizelle einer gesunden Frau der Kern entfernt. Dann werden die Kerne einer Eizelle und Spermium von Mutter und Vater entnommen und in die kernlose, gespendete Eizelle überführt.

Bei dem Transfer der Kerne aus der Eizelle der Mutter in die Eizelle der Spenderin können auch fehlerhafte Mitochondrien der Mutter mitübertragen werden. Das konnte bei 3 der 8 Kinder nachgewiesen werden. Es sei unwahrscheinlich, daß diese geringen Mengen an mutierter mtDNA eine mitochondriale Krankheit verursachen.

Die Mitochondrien sind wichtige Bestandteile von Körperzellen. Sie spielen eine große Rolle im Stoffwechsel. Mitochondrien enthalten kleine Mengen eigener DNA. Das wird immer von der Mutter an die Nachkommen weitergegeben.

Erkrankungen, die durch Fehler in der Mitochondrien-DNA ausgelöst werden, kommen bei 1 von 5.000 Menschen vor. Oft zeigen sich die Erkrankungen in Organen, die besonders viel Energie benötigen - etwa Nervenzellen oder Muskeln. Mögliche Symptome sind vielfältig, etwa Krampfanfälle, Muskelschwäche oder Herzprobleme. Die Schwere der Erkrankungen kann sehr unterschiedlich stark ausgeprägt sein.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/wissen/forschung/kinder-drei-eltern-genetik-100.html> 18.7.25

Verwaltungskosten der Sozialkassen

Die Sozialbeiträge summieren sich inzwischen auf rund 42% des Bruttolohns, mit steigender Tendenz. Davon, würden allein 1,3 Prozentpunkte für Verwaltungskosten verbraucht.

Alle Sozialversicherungen zusammen beschäftigen nach jüngstem Stand knapp 378.000 Personen. Damit arbeiten heute mehr Beschäftigte in den Verwaltungen der Sozialversicherung als zum Beispiel in der gesamten Landwirtschaft. Das kostet jährlich etwa 25 Milliarden Euro Verwaltungskosten.

Die Anteile der Verwaltungskosten an den Ausgaben variieren stark je nach Versicherungszweig. Die Spanne reicht von 1,2% bei der Rentenversicherung über knapp 4% bei Kranken- und Pflegekassen bis hin zu 11,5% bei der gesetzlichen Unfallversicherung und 14% bei der Arbeitslosenversicherung. Dies hat auch mit unterschiedlichem Aufwand zu tun.

Die private Krankenversicherung weist eine Quote von nur 2,2% für laufende Verwaltungskosten aus. Zählt man aber die Abschlusskosten hinzu, etwa Kosten für Vertreter, Makler und für Risikoprüfungen, dann werden daraus 9%.

Quelle: FAZ, 28.5.25, "25 Milliarden Euro Verwaltungskosten"

Klimagesetz 2040

Das EU-Gesetz zur Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2040 wird im EU-Parlament nicht im Schnellverfahren sondern im regulären Gesetzgebungsverfahren behandelt. Der zuständige Berichterstatter dafür wird aus der Fraktion der Rechtspopulisten (FPÖ und Le Pen) kommen, die den Klimawandel leugnet. „Einer solchen Fraktion die Federführung für ein zentrales Klimaschutzgesetz zu überlassen, hieße, den Bock zum Gärtner zu machen“ sagt die EU-Parlamentsabgeordnete der ÖDP, Manuela Ripa. Es solle erneut über ein beschleunigtes Verfahren abgestimmt werden, denn der Klimawandel schreitet unaufhaltsam voran.

Die christdemokratische EVP-Fraktion stellte sich am Mittwoch in Straßburg beinahe geschlossen gegen einen Antrag der europäischen Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen, das Gesetz im Eilverfahren zu verabschieden.

Die Europäische Kommission hatte den Vorschlag für das Klimaziel 2040 in der vergangenen Woche vorgelegt. Es sieht vor, daß die EU den CO₂-Ausstoß bis 2040 um 90% verglichen mit 1990 senkt. Dabei sollen Klimaprojekte in Drittstaaten mit bis zu 3 Prozentpunkten angerechnet werden können.

Quelle: <https://manuela-ripa.eu/klimagesetz-2040-keine-mehrheit-fuer-dringlichkeitsverfahren-im-eu-parlament/> 9.7.25

FAZ, 10.7.25, „EVP bremst Klimaziel 2040“

Vibrionen-Infektionen im Meer

Mit der Hitze kommen die Bakterien: Vibrionen können beim Baden in Nord- und Ostsee schwere Infektionen auslösen. Durch den Klimawandel steigt das Risiko weiter. Bis Mitte Juli wurden in diesem Jahr mindestens drei Infektionen gemeldet, die wahrscheinlich auf eine Ansteckung hierzulande zurückgehen. seit 2020 besteht in Deutschland eine Meldepflicht für Infektionen mit den sogenannten Nicht-Cholera-Vibrionen (NCV). Für das vergangene Jahr erfasste das RKI 42 Fälle, die wahrscheinlich auf Ansteckungen hierzulande zurückgingen. Für viele davon wurde ein Infektions- oder Wohnortkreis angegeben, der an die Ostseeküste grenzt. Vereinzelt kann es vor allem bei gesundheitlich stark vorbelasteten Menschen zu Todesfällen kommen.

In flachen, sich schnell erwärmenden Küstenbereichen steigt das Risiko für ein vermehrtes Auftreten der Bakterien bei höheren Temperaturen deutlich. Die Ostsee ist aufgrund ihres niedrigen Salzgehalts besonders betroffen.

Nicht-Cholera-Vibrionen im Badewasser können zu schnell fortschreitenden Wundinfektionen und - in seltenen Fällen - zu einer Blutvergiftung (Sepsis) führen. Auch Ohrentzündungen sind möglich. Besonders gefährlich sind Wundinfektionen mit der Art *Vibrio vulnificus*, die innerhalb kürzester Zeit zu tiefgreifenden Nekrosen des Gewebes führen können, wie es vom RKI heißt. "Hier kann bereits eine sehr geringe Bakterienanzahl genügen, um eine Wundinfektion hervorzurufen." Eine daraus resultierende Sepsis könne in sehr kurzer Zeit zum Tod durch multiples Organversagen führen.

Die bekannteste Spezies ist *Vibrio cholerae*, der Erreger der Cholera. Er ist vor allem in Ländern mit einem Mangel an sauberem Trinkwasser ein Problem. In Deutschland spielt dieses Bakterium fast nur bei Reiserückkehrern eine Rolle.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/wissen/gesundheit/vibrionen-sommer-ostsee-nordsee-100.html> 18.7.25

UN-Meereskonferenz

Die 3. UN-Meereskonferenz fand in Nizza statt. Das UN-Hochseeschutzabkommen (Agreement on Biodiversity beyond National Jurisdictions, kurz BBNJ) wurde auf der Konferenz beschlossen. Zwar wurde die notwendige Anzahl von 60 Ratifizierungen vorerst nicht erreicht. Es gilt aber als sicher, daß dieses Ziel bis zur UN-Generalversammlung im September 2025 erfüllt wird, mit klaren Finanzierungszusagen, Vorschlägen für Schutzgebiete und enger internationaler Zusammenarbeit. Vor allem die Grundschleppnetzfisherei muß endlich aus diesen verbannt werden. Die schweren Netze zerstören den Meeresboden, fangen eine Vielzahl ungewollter Lebewesen als Beifang und verursachen sehr viel Unterwasserlärm. Deutschland ist der Konferenz von Kanada und Panama gegründeten Koalition für leisere Meere (High Ambition Coalition for a Quiet Ocean) beigetreten.

Die Kontroverse um einen zukünftig möglichen Tiefseebergbau bestimmte als zweites großes Thema die Diskussionen in Nizza. Obwohl zahlreiche Staaten ihre ersten Bedenken zur Ausbeutung der Tiefsee zum Ausdruck brachten, schlossen sich nur 4 weitere Länder der Forderung nach einem Moratorium an. Derzeit lehnen damit insgesamt 37 Staaten den Beginn von Tiefseebergbau zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Die Meereskonferenz hat die Sorgen hinsichtlich des Beitrags der Meere für Ernährungssicherung und die Einkommen in der Kleinfischerei aufgegriffen. Es fehlen aber konkrete Schritte zur Eindämmung illegaler Fischerei und für den Schutz der Bevölkerung gegen steigende Meeresspiegel.

Quelle: <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/die-un-meereskonferenz-endet-mit-klarem-bekanntnis-zu-globalem-meeresschutz/> 13.6.25

globale Erwärmung

Das Tempo der Erwärmung hat sich im Zeitraum 2012 bis 2024 gegenüber den 1980er-Jahren etwa verdoppelt. Das geht aus der Aktualisierung der „Indikatoren des globalen Klimawandels“ hervor, an der das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) mitgewirkt hat. Dieser Überblick über den Zustand des Klimas wird von einem Team von über 60 Forschenden aus Instituten auf der ganzen Welt erstellt. PIK-Forscher William Lamb leitete das Kapitel über Treibhausgas-Emissionen.

Die Studie kommt zum Ergebnis, dass menschliche Aktivitäten in den letzten 10 Jahren jährlich im Durchschnitt rund 53 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalente in die Atmosphäre freigesetzt haben.

Die Emissionen entstanden überwiegend durch das Verfeuern fossiler Brennstoffe und die Abholzung von Wäldern. 2024 kehrten die Emissionen des internationalen Luftverkehrs auf das Niveau vor der Pandemie zurück.

Im Jahr 2024 lag der beobachtete globale Anstieg der Oberflächentemperatur gegenüber dem vorindustriellen Niveau bei 1,52 Grad Celsius, wovon 1,36 Grad auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen sind. Die Erwärmung wird erst dann aufhören, wenn die CO₂-Emissionen netto null erreichen.

Der globale Meeresspiegel ist zwischen 2019 und 2024 um etwa 26 Millimeter gestiegen, also um etwa 4,3 Millimeter pro Jahr – mehr als doppelt so viel wie die langfristige Rate von 1,8 Millimetern pro Jahr seit der Wende zum 20. Jahrhundert.

Quelle: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)

Indicators of Global Climate Change 2024: annual update of key indicators of the state of the climate system and human influence. – Earth System Science Data. [DOI: 10.5194/essd-17-2641-2025]

<https://www.pik-potsdam.de/de/aktuelles/nachrichten/das-tempo-der-erwaermung-hat-sich-seit-den-1980er-jahren-verdoppelt> 1.7.25

Umbruch der ozeanischen Zirkulation im Südpolarmeer

Schon länger beobachten Wissenschaftler, daß der nördliche Motor des globalen Strömungssystems, kurz AMOC (Atlantic Meridional Overturning Circulation), durch die Erwärmung in der Arktis und einfließendes Schmelzwasser ins Stottern gerät. Klimaforscher warnen bereits, daß die Nordatlantische Umwälzströmung kurz vor dem Kippunkt stehen könnte.

Eine noch dramatischere Situation haben Wissenschaftler nun mit Hilfe von Erdbeobachtungssatelliten auch für die Meeresströmungen im südlichen Ozean festgestellt. Die Tiefenströmung im Südozean verändert sich. Satellitendaten belegen eine zunehmende Versalzung im Südlichen Ozean – entgegen den Erwartungen der Klimamodelle. Forschende vermuten nun eine grundlegende Veränderung der Tiefenzirkulation. Die Messungen der Wissenschaftler belegen, daß das für die südliche Umwälzpumpe, kurz SMOC (Southern Meridional Overturning Circulation) wichtige antarktische Tiefenwasser in den vergangenen Jahrzehnten immer wärmer geworden ist. Inzwischen hat sich die Umwälzung verlangsamt. Das hat einen großen Einfluß auf die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre.

Die SMOC befindet sich jetzt in einem bislang nicht beobachteten Zustand: Statt wie bisher kaltes Oberflächenwasser in die Tiefe zu transportieren, steigt im Südpolarmeer offenbar zunehmend warmes, CO₂-reiches Tiefenwasser auf. Die Daten stammen aus dem Zeitraum seit 2016 und wurden im Rahmen des ESA-Projekts SO-FRESH systematisch ausgewertet.

Ob es sich dabei um eine vorübergehende Störung oder eine dauerhafte strukturelle Veränderung handelt, ist derzeit noch unklar. Ob damit bereits ein klimatischer Kippunkt erreicht ist, läßt sich zum jetzigen Zeitpunkt also nicht sicher sagen. Die beobachteten Veränderungen sind jedoch auffällig und besorgniserregend und weichen deutlich von bisherigen Modellannahmen ab. Das Team um Alessandro Silvano sagt: Die beobachtete Veränderung ist statistisch signifikant, räumlich kohärent, zeitlich stabil. Ob sich das System künftig stabilisiert oder in einen neuen Zustand kippt, ist derzeit offen.

Diese Meeresströmungen sind ein gewaltiges Strömungssystem. Es transportiert dabei Wärme, Nährstoffe und Kohlendioxid und wirkt wie ein Klimakühler. Durch die vertikale Durchmischung werden Wärme und Kohlenstoff langfristig in den Tiefen des Ozeans gespeichert. Ohne diese Speicherwirkung wäre die Atmosphäre heute spürbar wärmer. Die Studie stammt vom National Oceanographic Center (NOC) in Großbritannien und wurde vor Kurzem in der Fachzeitschrift «PNAS» veröffentlicht.

Eine Beeinträchtigung der Stabilität der AMOC ist möglich, wenn beide Systeme stärker gekoppelt sind als bislang angenommen. Langfristig könnte sich das klimatische Gleichgewicht der Erde weiter verschieben

Der schwedische Klimaforscher Johan Rockström warnt seit Jahren vor dem drohenden Verlust der Weltmeere als zentrale CO₂-Senke. Die aktuellen Beobachtungen im Südpolarmeer könnten nun genau diesen kritischen Punkt einleiten. Denn mit dem Aufstieg von Tiefenwasser wird nicht nur jahrhundertealter Kohlenstoff freigesetzt – auch die Fähigkeit des Ozeans, neues CO₂ aus der Atmosphäre aufzunehmen, wird deutlich geschwächt.

Quelle: <https://www.cleantalking.de/smoc-klimakippunkt-2025/> 6.7.25

Waldsterben

Dem Wald machen Trockenheit und Schädlinge zu schaffen. Nach den Ergebnissen der Waldzustandserhebung 2024 nehmen die Waldschäden zu. Nur jeder fünfte Baum trägt noch volles Grün. Zwar sei die Witterung im Jahr 2024 günstiger gewesen als in den

Vorjahren. Aber bei Fichten, Kiefern, Buchen und Eichen machten sich weiterhin negative Folgen lang anhaltender Trockenperioden und überdurchschnittlich hoher Temperaturen seit dem Jahr 2018 bemerkbar. Überdurchschnittlich betroffen seien Bäume, die älter sind als 60 Jahre. Der Anteil der Bäume mit deutlicher Kronenverlichtung liegt hier bei 43%. Bei den Bäumen, die jünger als 60 Jahre seien, hingegen nur bei 16%. Bundesweit sei der Anteil der Eichen mit deutlichen Kronenverlichtungen binnen Jahresfrist von 44 auf 51% gestiegen.

Der vorherige Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) hatte eine umfassende Reform des Bundeswaldgesetzes von 1975 angestrebt. Diese Novellierung des Bundeswaldgesetzes wurde jetzt gestoppt. Özdemir wollte erreichen, daß Kahlschläge von mehr als einem Hektar Waldfläche grundsätzlich nur noch mit behördlicher Genehmigung erlaubt sein sollten.

Quelle: FAZ, 12.6.25, „Schäden an vier von fünf Bäumen“

Abgase sind giftiger

Autos mit Verbrennungsmotor und Partikelfilter tragen stärker zur Luftverschmutzung bei als bisher angenommen. Zwar sind kaum Partikel in den frischen Abgasen nachweisbar. Aber die flüchtigen Kohlenwasserstoffverbindungen und Stickoxide, die trotz Katalysator und Partikelfilter aus dem Auspuff strömen, verändern sich chemisch, sobald sie Sonnenlicht und Luft ausgesetzt sind: Dann entstehen Feinstaub und giftige Substanzen erneut.

Das haben Forscher um Ralf Zimmermann von der Universität Rostock und vom Helmholtz-Zentrum München gemessen. Wie sie im Fachjournal „Science Advances“ beschreiben, haben die Wissenschaftler menschliche Alveolar- und Bronchialepithelzellen den Abgasen eines Kleintransporters mit Benzinmotor und Abgasbehandlung nach Euro-6d-Norm ausgesetzt. Während durch das frische Abgas keine Giftwirkung auf die Zellen zu beobachten war, lösten die 4 Stunden gealterten Abgase Schäden an der DNA sowie oxidativen Stress aus. Die Alterung des Abgases führen die Wissenschaftler auf photochemische Reaktionen mit Sauerstoffverbindungen in der Luft wie Ozon und Hydroxylradikalen zurück. Die Studienautoren halten die bestehenden Abgasnormen daher nicht für ausreichend, da sie die Vorgänge in der Atmosphäre nicht berücksichtigen.

Quelle: FAZ, 4.6.25, „Alte Abgase sind giftiger“

Glyphosat entsteht auch aus Waschmitteln

Glyphosat stammt nicht nur aus der Landwirtschaft. Die Chemikalie entsteht auch durch Waschmittel in Kläranlagen. Das belastet Flüsse zusätzlich.

Analysen der Daten der Landesuntersuchungsämter, die bis 1988 zurückreichen zeigten, daß sich die Einträge von Glyphosat über das ganze Jahr relativ gleichmäßig verteilen. In einer neuen Studie wurde aus Kläranlagen frischer Klärschlamm ins Labor gebracht und mit einem Waschmittelzusatz versehen. Es entstand nach ein paar Stunden Glyphosat.

Verantwortlich ist DTPMP. Diese Chemikalie gehört zur Gruppe der Phosphonate und ist in vielen Waschmitteln enthalten. Dort verhindert sie die Kalkbildung und verbessert so auch die Waschleistung. Dieses Waschmitteladditiv ist das Molekül Glyphosat in zweieinhalbfacher Größe. Man müsse dem nur noch Sauerstoff hinzugeben, dann ergebe sich Glyphosat. Entscheidend für die Umwandlung war die Zugabe von Mangan in verschiedener Form - auch als Mangan-Oxid in Verbindung mit Sauerstoff. Mangan wirkt wie ein Katalysator.

Etwa 2.500 Tonnen DTPMP werden jährlich in Deutschland als Entkalker eingesetzt. Eine ähnlich große Menge, wie die des direkt als Herbizid eingesetzten Glyphosats.

Glyphosat wird in Kläranlagen zu maximal 80-90% herausgefiltert. Das meiste in die Umwelt gelangende Glyphosat stammt damit zwar immer noch aus der Landwirtschaft, aber ein Teil entsteht in Kläranlagen durch den Waschmittelzusatz.

Problematisch ist das Glyphosat besonders für aquatische Lebewesen, etwa Bakterien, Algen und auch Fische. Bei letzteren sehe man beispielsweise Effekte im Darm der Tiere.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/wissen/forschung/glyphosat-waschmittel-100.html>

2.6.25

Inflationspolitik

Die Groko will mit dem neuen Bundeshaushalt in der Legislaturperiode insgesamt 846,9 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Fast eine Billion Euro in nur 4 Jahren. Damit erhöhen Bundeskanzler Merz (CDU) und Finanzminister Klingbeil (SPD) den Schuldenstand in einer Wahlperiode um 50%. (FAZ, 9.7.25)

Auch der Bundesrechnungshof warnt in einem Bericht zum Verkehrsetat, daß sich die schwarz-rote Koalition daranmache, längst geplante Investitionen aus dem Schuldenkorsett des Kernhaushalts zu lösen. Mit dem sogenannten Sondervermögen kann der Bund in zwölf Jahren insgesamt 500 Milliarden Euro an der Schuldenregel vorbei aufnehmen. Davon gibt er 100 Milliarden Euro weiter an Länder und Kommunen. Noch einmal soviel fließt in den Klimafonds. Die Kontrolleure vom Bundesrechnungshof sehen mit Sorge, daß viele Ausgaben vom Kernhaushalt in das Sondervermögen geschoben werden. Außerdem werden Investitionen in die Infrastruktur in Höhe von 1,2 Milliarden Euro aus dem Etat des Verteidigungsministeriums bezahlt, in diesem Bereich hat die Schuldenregel fast keine Relevanz mehr. (FAZ, 10.7.25)

Nicht nur in Schienen, Straßen und Brücken fließen 2025 die mithilfe von Staatsanleihen finanzierten Mittel. Auch die klammen Krankenkassen und die defizitäre soziale Pflegeversicherung erhalten dieses und nächstes Jahr Darlehen, um steigende Beiträge zu vermeiden. Dahinter steht die Erwartung, daß die unterstellte Belebung der Wirtschaft auf die Sozialversicherungen durchschlagen wird, so daß sie die Hilfe zurückzahlen können. Nur so kann die Verbuchung als Darlehens gerechtfertigt werden. Diese Hilfe fällt damit nicht unter die Schuldenbremse, weil dem Kredit eine Forderung gegenübersteht. Gleiches gilt für die Unterstützung der Deutschen Bahn. Sie bekommt über einen Kredit so mehr Eigenkapital (8,5 Milliarden Euro). (FAZ, 24.6.25)

Die schwarz-rote Koalition plant eine Entlastung bei den Strompreisen: Die Netzentgelte sollen durch einen staatlichen Zuschuss sinken. „Ab 2026 planen wir eine spürbare Absenkung der Übertragungsnetzentgelte“, heißt es aus dem Bundeswirtschaftsministerium von Katherina Reiche (CDU). Einen solchen Zuschuss hatte auch die Ampel schon einmal geplant; musste ihn nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds (KTF) allerdings wieder streichen. Auch nun ist eine Finanzierung über den KTF mit rund 6,5 Milliarden Euro jährlich vorgesehen. Der Fonds speist sich aus den Einnahmen aus der CO2-Bepreisung und jetzt auch mit jährlich 10 Milliarden Euro aus dem neu geschaffenen Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz. (FAZ, 30.6.25)

Die Staatsverschuldung der USA beträgt derzeit 36 Billionen Dollar. In den nächsten Jahren droht sie stark anzusteigen, sofern die USA keine neuen Einnahmequellen finden, um die geplanten Steuersenkungen anders als durch Schulden zu finanzieren. Die Renditen für Staatsanleihen mit langer Laufzeit kletterten deutlich nach oben. Je höher die Rendite, desto größer die Verunsicherung. Anleger fürchten, daß die Regierung mit ihrer Kreditaufnahme die Zinsen weiter nach oben treibt und damit Investitionen hemmt. Nach Schätzungen der Rechnungsprüfer des Kongresses (Congressional Budget Office, CBO)

lässt jeder Dollar, um den das Bundesdefizit steigt, die privaten Investitionen um 33 Cent sinken. (FAZ, 31.5.25)

Es wurde viel unterlassen, gerade was Investitionen in Brücken, Straßen, Schulen, Internet und Digitalisierung angeht. Das kann man auch nicht von heute auf morgen aufholen. Die Unternehmen, die diese Arbeit machen, sind begrenzt und es wäre besser gewesen, das über 10 Jahre zu machen als jetzt auf einmal. Das Sondervermögen und die kurzfristigen Ausgaben für das Militär werden natürlich dazu führen, daß eine sehr hohe Nachfrage auf ein relativ fixes Angebot trifft, was inflationär wirken wird. Trotzdem ist es richtig, das jetzt zu machen. Es werden sukzessive neue Kapazitäten entstehen. (DIW, Kriwoluzky)

Quelle: https://www.diw.de/de/diw_01.c.932566.de/100_jahre_diw/von_den_brueeningschen_notverordnungen_bis_zum_sondervermoegen.html

Armut ist in Deutschland keine Randerscheinung. 15,5% der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. Das sind 13 Millionen Menschen.

<https://www.riffreporter.de/de/gesellschaft/armut-deutschland-krise-13-millionen-menschen-gesellschaft-ausgrenzung> (1.6.25)

Frankreichs Weg in den Schuldensumpf

In allen Industrieländern läuteten die 1970er-Jahre eine Ära steigender Staatsausgaben und Schuldenquoten ein. In Frankreich aber war die Entwicklung besonders stark ausgeprägt. Hier expandierte der Sozialstaat weit überdurchschnittlich. Mit 3,3 Billionen Euro ist Frankreichs Schuldenberg der höchste in Europa.

Vor der Finanzkrise lagen die Schuldenquote von Deutschland und Frankreich mit etwas mehr als 60% noch praktisch gleichauf. Sieht man von den jüngsten "Sondervermögen" ab, liegt Deutschland weiter auf diesem Niveau. In Frankreich erreichte die Schuldenquote dagegen schon vor der Corona-Pandemie fast 100% und ist bis zum ersten Quartal dieses Jahres auf 114% gestiegen. Der französische Staat lebt bei schwächer werdendem Wirtschaftswachstum und zunehmend ungünstigerer Demographie seit Jahren über seine Verhältnisse. Die Politik reagierte auf Krisen immer wieder mit mehr Ausgaben, die anschließend kaum oder nicht zurückgefahren wurden.

Die Niedrigzinsphase kaschierte die Gefahren. Trotz wachsender Schuldenlast konnte Frankreich sich weiter günstiger Geld leihen als Europas Sorgenkind Italien und die ehemaligen Eurokrisenstaaten Spanien, Portugal und Griechenland. Nach der Pandemie gerieten die Dinge ins Rutschen.

Mit den steigenden Zinsen hat der Schuldendienst sich zu einem rasant wachsenden Ausgabenposten entwickelt. Eine weiter steigende Verschuldung führt zu einem drastischen Anstieg der Zinslast, die wiederum die Verschuldung noch weiter in die Höhe treibt. Auf der Einnahmeseite die Steuern für Unternehmen und Vermögende zu erhöhen, wäre für Le Pen der Anlass, Bayrou so wie seinerzeit Barnier zu stürzen. Auf der Linken stemmt man sich gegen Einschnitte im Sozialbereich.

Quelle: FAZ, 12.7.25, „Frankreichs Weg in den Schuldensumpf“

EU-Haushaltsentwurf

Die EU-Kommission schlägt ein Budget von 2 Billionen Euro für die Jahre 2028 bis 2034 vor. Das sind etwa 700 Milliarden Euro mehr, als für die derzeit laufende siebenjährige Budgetperiode. Geplant ist unter anderem, mehr Geld für Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit auszugeben. Als wirtschaftsstärkster Mitgliedsstaat würde Deutschland knapp ein Viertel der Mittel beisteuern.

Als eine von mehreren neuen Einnahmequellen für den EU-Haushalt schlägt die Kommission eine Abgabe für große Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 100 Millionen Euro vor. Auch diese zusätzliche Besteuerung großer Unternehmen - die die Haushalte der Mitgliedsländer entlasten soll - findet nicht die Unterstützung der Bundesregierung.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/haushalt-eu-bundesregierung-kritik-100.html> 17.7.25